



14.06.2022 10:52 CEST

Beitragsservice stellt Jahresbericht 2021 vor – Stabilität trotz Corona

- Beitragsanpassung sorgt für Anstieg der Gesamterträge ab August 2021; Anzahl der zum Rundfunkbeitrag angemeldeten Wohnungen nahezu konstant
- Zahl der coronabedingt freigestellten Betriebsstätten deutlich angestiegen; Befreiungen im privaten Bereich trotz Pandemie erneut rückläufig
- Kosten des Beitragseinzugs trotz Inflation spürbar gesenkt; Produktivitätssteigerungen durch weitere Digitalisierung der Serviceangebote

Köln, 14.06.2022 – Die Erträge aus dem Rundfunkbeitrag lagen 2021 bei rund 8,42 Milliarden Euro: Insgesamt 8,26 Milliarden Euro flossen an ARD, ZDF und Deutschlandradio, 159 Millionen Euro erhielten die Landesmedienanstalten. Das ist ein Plus von 3,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – trotz Corona und der von den Rundfunkanstalten beschlossenen Möglichkeit der Beitragsfreistellung für Betriebsstätten, die im Zuge der Lockdowns schließen mussten. Grund für den Anstieg der Erträge ist die vom Bundesverfassungsgericht beschlossene Anpassung des Rundfunkbeitrags auf 18,36 Euro pro Monat, die der Beitragsservice Anfang August 2021 umgesetzt hat.

Wohnungsbestand auf Vorjahresniveau, Zahl der Beitragskonten leicht rückläufig

Während der Gesamtbestand an Beitragskonten im Berichtsjahr leicht auf 45,74 Millionen zurückging (2020: 45,94 Millionen), stieg die Zahl der zum Rundfunkbeitrag angemeldeten Wohnungen um 0,12 Prozent auf rund 39,71 Millionen (2020: 39,66 Millionen). Bernd Roßkopf, Leiter des Geschäftsbereichs Finanzen und Services beim Beitragsservice, vermutet als Grund hierfür vor allem die gestiegene Zahl neu gebauter Wohnungen im vergangenen Jahr. „Durch den Ende 2022 startenden bundesweiten Meldedatenabgleich werden wir sehen, ob tatsächlich alle beitragspflichtigen Wohnungen in unserem Bestand erfasst wurden.“

Vorübergehend abgemeldet wurden im Berichtsjahr zahlreiche Wohnungen von Beitragszahlenden, die infolge der Jahrhundertflut im Sommer 2021 nicht mehr nutzbar waren. Der Beitragsservice ermöglichte allen Betroffenen eine unbürokratische Abmeldung ihres Beitragskontos. Dass dieses Angebot vielfach angenommen wurde, zeigt die Zahl der befristet abgemeldeten Beitragskonten, die in den Flutgebieten ab August 2021 signifikant angestiegen ist.

Weiter kaum Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Befreiungen

Deutlicher als die Zahl der Beitragskonten sank im Berichtsjahr die Zahl der Personen, die aus sozialen Gründen vom Rundfunkbeitrag befreit waren. Sie lag zum 31. Dezember 2021 bei knapp 2,49 Millionen und damit rund 5,2 Prozent unter dem Vorjahreswert (2020: 2,63 Millionen). Die Entwicklung folgt dem deutschen Arbeitsmarkt: Auch dort war die Zahl der Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II (ALG II), die rund zwei Drittel der Befreiten

ausmachen, im Jahr 2021 erneut rückläufig. Die Corona-Krise hatte damit auch 2021 weiter keine merklichen Auswirkungen auf die Anzahl der Befreiungen. Hintergrund: Personen, die aufgrund der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren haben, beziehen in der Regel zunächst Arbeitslosengeld I und haben damit noch keinen Anspruch auf eine Befreiung. Gleiches gilt auch für Personen, die vorübergehend Kurzarbeitergeld erhalten.

Mehr Unternehmen machen Gebrauch von coronabedingter Freistellungsmöglichkeit

Spürbare Auswirkungen hatten die Pandemie und die erschwerten ökonomischen Rahmenbedingungen im gewerblichen Bereich. Für Unternehmen, Institutionen und Einrichtungen des Gemeinwohls tat der Beitragsservice sein Möglichstes, um die finanziellen Folgen der Corona-Krise abzumildern. So beschloss der Verwaltungsrat des Beitragsservice gleich zum ersten Lockdown im Frühjahr 2020, Betriebsstätten, die aufgrund einer gesetzlichen bzw. behördlichen Anordnung pandemiebedingt schließen mussten, eine Freistellung von der Beitragspflicht zu ermöglichen. Mit Stichtag 31. Dezember 2021 hatte der Beitragsservice insgesamt 28.816 Betriebsstätten aufgrund einer gesetzlich bzw. behördlich angeordneten Schließung wegen Corona von der Beitragspflicht freigestellt (2020: 1.412).

Wirtschaftlichkeit des Beitragseinzugs trotz allgemeiner Teuerung weiter erhöht

Die Kosten des Beitragseinzugs konnte der Beitragsservice trotz Pandemie, anziehender Inflation und teils deutlicher Preissteigerungen, wie etwa beim Papier, im Berichtsjahr erneut senken. Die Gesamtaufwendungen für den Beitragseinzug sanken um 3,3 Millionen Euro auf 172,75 Millionen Euro (– 1,9 Prozent). Auch der durchschnittliche Aufwand je Beitragskonto ging zurück und betrug im Jahresdurchschnitt rund 3,78 Euro (2020: 3,83 Euro). Einsparungen wurden vor allem im Bereich der Vorgangsbearbeitung realisiert. Grund sind neben einer rückläufigen Zahl an Vorgangseingängen vor allem Steigerungen bei Effizienz und Produktivität.

Weiterer Ausbau der Online-Services eingeleitet

Um die Wirtschaftlichkeit des Beitragseinzugs auch in den kommenden Jahren weiter zu steigern, setzt der Beitragsservice neben anderen Maßnahmen auf die konsequente Digitalisierung seiner Serviceangebote.

Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Informations- und Serviceportal rundfunkbeitrag.de zu, dessen sämtliche Nutzungszahlen im Berichtsjahr erneut spürbar gesteigert werden konnten. So erreichen etwa mehr als drei Viertel aller Änderungsmitteilungen den Beitragsservice inzwischen rein digital.

„Damit die Website auch zukünftig dem entspricht, was die Beitragszahlenden von einem modernen Internetauftritt erwarten dürfen, wird das Angebot derzeit durch Fachleute für User Experience analysiert und in den kommenden Monaten unter Berücksichtigung des Feedbacks von Nutzerinnen und Nutzern grundlegend überarbeitet“, kündigt Michael Krüßel, Geschäftsführer des Beitragsservice, an. Zu den jüngsten Erweiterungen des Angebots gehört eine Landingpage in Deutsch und Englisch mit allen Informationen für die besonders onlineaffine Gruppe der Studierenden sowie ein Informationsangebot mit den Regelungen zum Rundfunkbeitrag für Geflüchtete auf Ukrainisch.

Der Beitragsservice mit Sitz in Köln ist eine nicht rechtsfähige Verwaltungsgemeinschaft von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Er ging 2013 aus der Gebühren-einzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) hervor, die 1973 gegründet wurde und bis Ende 2012 für den Einzug der Rundfunkgebühr zuständig war. Die Hauptaufgaben des Beitragsservice sind der Einzug des Rundfunkbeitrags und die Verwaltung der rund 45,7 Mio. privaten und nicht privaten Beitragskonten. Mehr Informationen unter rundfunkbeitrag.de.

Kontaktpersonen



Goran Goić

Pressekontakt

Leitung Unternehmenskommunikation

presse@rundfunkbeitrag.de



Christian Gärtner

Pressekontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@rundfunkbeitrag.de



Dennis Sponholz

Pressekontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@rundfunkbeitrag.de